

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telek: 8 88 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Peter-Jürgen Schneider MdL stellt das Landtagswahlkampf-Programm der niedersächsischen SPD vor: Für Reformen und Konsolidierung.

Seite 1

Jochen Welt MdB kommentiert die Bonner Kabinettsbeschlüsse gegen das Revier: Kohls Worte an die Bergleute waren keinen Heller wert.

Seite 3

Hans Büttner MdB verurteilt den Koalitions-Umgang mit der DASA: Kürzungen erschweren sozialverträglichen Strukturwandel.

Seite 4

Professor Dr. Eberhard Pick MdB und Dr. Marliese Dobberthien MdB setzen sich mit der Bonner Haltung zum Namensrecht auseinander: Unzugänglich für jedes Sachargument.

Seite 5

Dokumentation

SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen skizzierte auf einem Forum im Erich-Ollenhauer-Haus Erfordernisse der Ausländer-Politik; Chancen und Gemeinsamkeit bieten. Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 202

21. Oktober 1993

Ein Programm der Reformen und der Konsolidierung Die niedersächsische SPD bereitet sich auf den Landtagswahlkampf vor

Von Peter-Jürgen Schneider MdL,
Vorsitzender der Programmkommission der niedersächsischen SPD

Der niedersächsische Landesparteitag am 6. November 1993 wird das Wahlprogramm für die Landtagswahl am 13. März 1994 und damit die Vorhaben der SPD für die nächste Legislaturperiode verabschieden. Gegenwärtig wird der von einer Programmkommission erarbeitete Entwurf in den Parteigliederungen und in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Auf sieben Programmforen wird dabei der Kontakt zu den Vereinigungen, Gewerkschaften und Initiativgruppen gesucht. Die ersten Programmforen haben gute Resonanz gefunden und wesentliche Anregungen zur Fortentwicklung des Programmentwurfes gebracht. Die Foren werden von der Antragskommission ebenso auszuwerten sein, wie die eingehenden Anträge aus den Untergliederungen der Partei. Mit dieser Einbeziehung der Fachöffentlichkeit werden Ideen der Parteireform "SPD 2000" in die praktische Programmarbeit umgesetzt.

Das Programm ist betont niedersächsisch angelegt. Es ist ein Programm der Reformen und der Haushaltskonsolidierung zugleich. Dahinter steht die Überzeugung, daß Reformen kein Luxus sind, sondern die Zukunft sichern. Wenn sich die Gesellschaft verändert, kann die Politik nicht bestehende Strukturen konservieren. Sie muß die Veränderungen aufnehmen und frühzeitig für die notwendigen Weichenstellungen sorgen.

Nicht das Geld der Kinder ausgeben

Ebenso wichtig für die Zukunftssicherung ist aber auch eine verantwortungsbewußte Haushaltspolitik. Der Programmentwurf trägt diesem Umstand Rechnung. "Wir können nicht heute schon das Geld unserer Kinder ausgeben", heißt es im Entwurf. Die Vorgängerregierung hat mit ihren Schulden den finanziellen Spielraum des Landes dramatisch eingeengt. In der laufenden Legislaturperiode ist zwar eine deutliche Senkung der Kreditfinanzierungsquote der Haushalte gelungen, von einer endgültigen Haushaltskonsolidierung sind wir jedoch noch weit entfernt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erhältlich
mit
Kauf
Papier



In den nächsten Jahren müssen deshalb Reformpolitik und Haushaltskonsolidierung zugleich verwirklicht werden. Dies wird nicht leicht sein.

Niedersachsen muß in dem nächsten Jahr die Bedürfnisse von mehr Menschen mit weniger Geld erfüllen. Die Bevölkerung wächst. Seit der Grenzöffnung sind jährlich 100.000 Menschen zugewandert, für die zusätzliche Wohnungen, Kindergartenplätze und Lehrkräfte benötigt werden. Das Geld wird jedoch immer knapper, weil Niedersachsen mit großen Summen beim Aufbau der neuen Bundesländer hilft und zugleich durch die Konjunkturkrise die Einnahmen spärlicher fließen.

Wir müssen uns finanziellen Spielraum, so ist der Programmentwurf angelegt, durch eine umfassende Modernisierung der Landesverwaltung verschaffen. Durch die Beseitigung bürokratischer Abläufe, überflüssiger Entscheidungshierarchien und veralteter Abläufe, überflüssiger Entscheidungshierarchien und veralteter Organisations- und Kommunikationstechniken sollen die Ausgaben gesenkt und zugleich der Kreativität, der Entscheidungsfreude und dem Verantwortungsbewußtsein der Landesbediensteten mehr Entfaltungsmöglichkeiten gegeben werden. Eine Reformkommission soll entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Probleme im Dialog mit den Betroffenen lösen

Der erfolgreiche Politikstil der SPD soll fortgesetzt werden: Politik nicht nur für die Menschen, sondern mit den Menschen machen. Im Gespräch mit den Betroffenen muß die SPD weiterhin die optimale Lösung für die jeweiligen Probleme suchen. Beispiele für diese gesprächsorientierte Politik sind unter anderem der Bau der Mercedes Teststrecke im Emsland, der Europipe durch das Wattenmeer, die Durchführung des Sondermüllgipfels und die Einrichtung des Naturparks Harz. Die Entscheidungsabläufe müssen weiter geöffnet und die Mitsprache der Betroffenen auf allen Ebenen verbessert werden.

Der Entwurf legt ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Reformpolitik ab. So sollen Frauen so lange bewußt bevorzugt und gefördert werden, bis über die rechtliche hinaus ihre tatsächliche Gleichstellung erreicht ist. Kindern sollen Freiräume geschaffen werden und zusätzlicher Schutz. Durch die Fortsetzung der Investitionsförderung soll, mit der Schaffung der noch fehlenden Plätze, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht werden.

An die Stelle isolierter "Altenpolitik" soll die Einbeziehung der wachsenden Zahl älterer Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen treten. Für Aussiedler und Ausländer wird eine geregelte Zuwanderung gefordert; ihre Rechtssicherheit und ihre Einbürgerungsmöglichkeiten sollen verbessert werden.

In der Wirtschaftspolitik wird der erfolgreich eingeschlagene Weg des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft fortgesetzt. Der neu eingerichtete Ökofonds, aus dem entsprechende Vorhaben gefördert werden, soll wegen der großen Nachfrage aufgestockt werden. Gerhard Schröders Initiative zum Energiekonsens hat wieder Bewegung in scheinbar hoffnungslos festgefahrene Fronten gebracht, heißt es im Programmentwurf. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird weiter verfolgt. Gorleben wird abgelehnt und bei Schacht Konrad sollen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung eines Endlagers ausgeschöpft werden.

Für neue Verkehrskonzepte und umweltfreundliche Autos

Vorrang für Busse und Bahnen, aber auch ein Bekenntnis zum PKW, der vor allem in ländlichen Gebieten ein wesentlicher Träger des Individualverkehrs bleiben wird, sind die Leitlinien der Verkehrspolitik. Die Arbeitsplätze in der Fahrzeugindustrie sollen durch differenzierte Verkehrskonzepte und die Entwicklung umweltfreundlicher PKWs gesichert werden.

In der Sozialpolitik soll stärker als bisher auf nichtstaatliche Einrichtungen, Verbände und auf Selbsthilfe gesetzt werden. "Diese Elemente einer solidarischen Gesellschaft sind nicht durch Geld zu ersetzen", heißt es im Entwurf. Wie in der laufenden Periode sollen wiederum 60.000 neue Wohnungen aus Steuermitteln gefördert werden.

An der Orientierungsstufe wird die SPD nicht rütteln lassen. Niedersachsen hat heute die geringste Schulversagerquote aller Bundesländer und keinen Leistungsdruck in der Grundschule. Die durch die Deutsche Einheit notwendige Diskussion über die Länge der gymnasialen Schulzeit soll offen geführt werden.

Die SPD Niedersachsen wird sich dabei an bildungspolitischen Grundsätzen und weniger an organisatorischen Überlegungen orientieren, so der Entwurf. Die angelaufenen Hochschulbauprogramme sollen weitergeführt und die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden. Von der Verlagerung der Kompetenzen nach unten werden praxisperechtere Lösungen und wirksamere Mittelverwendung erwartet.

Der Programmentwurf kündigt die Umsetzung der von Gerhard Glogowski und Helmut Dohr in Gang gebrachten Polizeireform an.

Sie soll mehr Bürgernähe und mehr innere Sicherheit bringen. Die organisierte Kriminalität soll mit den neu eingerichteten Polizeieinheiten und entsprechenden Schwerpunktdezernaten der Staatsanwaltschaften geführt werden.

Der Programmentwurf erinnert an die große Tradition der niedersächsischen Sozialdemokratie und knüpft insbesondere an den ersten Ministerpräsidenten des Landes, Hinrich-Wilhelm Kopf, an, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre.

In seinem Geiste ist das Programm als ein Programm für ein soziales Niedersachsen formuliert.
(-/21. Oktober 1993/rs/ks)

Kohls Worte an die Bergleute waren keinen Heller wert

Die Bonner Kabinettsbeschlüsse bringen die Menschen im Revier in eine ganz schlimme Lage

**Von Jochen Welt MdB
Bürgermeister von Recklinghausen**

Es wird schwer, ganz schwer für die Menschen im Revier. Die Methode, wie Kohl jetzt eine drastische Streichung der Unterstützung der heimischen Steinkohle mit der Zustimmung zu seiner Atompolitik verknüpft, ist pervers. Er nimmt faktisch die um die Zukunft ihrer Familien bangenden Bergleute als Geiseln, um für die Energiekonzerne eine lebensgefährliche Kraftwerkstechnologie durchzusetzen.

Sein Vollstrecker, Wirtschaftsminister Günther Rexrodt, ist für mich ein Totengräber mit manikürten Händen, der mit kalter Überlegung das Grab des deutschen Steinkohlebergbaus schaufelt.

Die Kabinettsbeschlüsse haben katastrophale Auswirkungen auch auf den Vitalisierungsprozeß des Emscher-Lippe-Raumes, der mit großen Strukturproblemen zu kämpfen hat. Der Kreis Recklinghausen wie die gesamte Region werden durch den jetzt festgelegten Kapazitätsabbau getroffen. Alle Erfolge, die strukturelle Entwicklung bei uns voranzutreiben, neue Betriebe anzusiedeln, die Dienstleistungsbranche zu stärken, werden zunichte gemacht, wenn der Komplex Bergbau und Zulieferer langsam erdrosselt wird, wie es Bonn beabsichtigt. Jetzt ist klar

geworden, daß das Wort von Kanzler Kohl, das er den Bergleuten 1991 gegeben hat, nicht einen Heller wert ist.

Besonders empörend ist die Tatsache, daß am Dienstag morgen Kanzleramtsminister Friedrich Bohl in Bonn die Delegation der Recklinghäuser Bergleute mit strahlender Miene beruhigt hatte, während hinter verschlossenen Türen das Kabinett tagte und die neue Kohlepolitik abgesegnete. Es ist eine sehr schlimme Sache, so kaltschnäuzig mit den Ängsten von Menschen umzugehen, aber leider typisch für diese Regierung und ihre Parteien.

Nur Unverständnis kann ich gegenüber dem Verhalten meiner Recklinghäuser Bundestagskollegen Erwin Marschewski (CDU) bezeugen. Dieser hatte sich beschwert, von der Protestaktion der Recklinghäuser Bergleute nicht informiert worden zu sein. Wenn ich sehe, daß es irgendwo brennt und Mitbürger Hilfe brauchen, gehe ich und helfe und warte nicht, bis ich vielleicht informiert werde. Marschewski sollte wissen, daß es im deutschen Bergbau brennt und daß es in Recklinghausen eine Zeche gibt.

(-/21. Oktober 1993/rs/ka)

Kürzungen erschweren sozialverträglichen Struktur-Wandel
Bei der DASA werden die Wirkungen der Bonner Politik exemplarisch deutlich

Von Hans Böttner MdB
Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der von der DASA angekündigte Stellenabbau, der laut Vorstandsvorsitzendem Schrempf nicht mehr ausschließlich über Sozialpläne sondern auch durch betriebsbedingte Kündigungen erfolgen soll, macht den Irwitz der Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe erneut deutlich.

Die Betriebe und Konzerne, die, wie jetzt die DASA, für dieses und nächstes Jahr einen Stellenabbau von insgesamt rund 300.000 Stellen angekündigt haben, werden diesen nicht länger in der sozialverträglichen Vorruhestandsform betreiben. Sie wollen die dafür zu zahlenden höheren Kosten nicht übernehmen, die dadurch entstehen, daß der Bund nicht länger bereit ist, sich in Form der Arbeitslosenhilfe daran zu beteiligen.

Da der Bund andererseits bis heute auch nicht in der Lage war, ein geschlossenes Konzept für die Luft- und Raumfahrt mit den beteiligten Unternehmen und ihren Betriebsräten zu erarbeiten, trägt er die Mitverantwortung, wenn nun ein von den Betrieben ausschließlich nach Kostengesichtspunkten vorgenommenes Organisationskonzept zu sozialen Verwerfungen größeren Ausmaßes führen.

Angesichts der jüngsten Entscheidung der DASA, den Ankündigungen im Stahlbereich und der Automobilindustrie zum Stellenabbau, sollte die Bundesregierung im Interesse des Erhalts des sozialen Friedens in unserem Land darauf verzichten, die Anschlußarbeitslosenhilfe auf 624 Tage zu begrenzen, zumal die dort eingesparten Gelder zum großen Teil als neue Lasten - in Form von Sozialhilfe - auf die Kommunen übertragen werden.

(-/21. Oktober 1993/rs/ks)

Unzugänglich für jedes Sachargument

**Beim Namensrecht bleibt die Koalition hinter der vom Bundesverfassungsgericht
getroffenen Übergangsregelung zurück**

**Von Professor Dr. Eberhard Pick MdB
Stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und
Dr. Marlene Dobberthien MdB**

Die Koalitionsmehrheit hat am 20. Oktober im Rechtsausschuß ihre restriktiven Vorschläge für ein neues Namensrecht durchgesetzt. Damit wurde die Chance veran, dem Bundestag vorzuschlagen, den Ehepartnern die größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Namenswahl zuzubilligen. Im Gegenteil: Der Beschluß des Rechtsausschusses wird nun sogar noch hinter der von dem Bundesverfassungsgericht getroffenen Übergangsregelung zurückbleiben, die bei der Bestimmung des Kindesnamens die Möglichkeit eines Doppelnamens vorsieht.

Unzugänglich für jedes Sachargument hat sich die Koalition gegen jede Doppelnamenlösung gestellt. Bei Zulassung von Doppelnamen als Ehenamen befürchten sie ein namensrechtliches Chaos. Dahinter steht aber wohl eher die Angst, den Ehepartnern zu viel an Freiheit zu gewähren. Denn die Zulassung von Doppelnamen als Ehenamen dürfte nämlich einer Voraussicht nach zu einer größeren Namenskontinuität als heute führen. Gerade für Ehepartner, die sich einerseits der Tradition des einheitlichen Familiennamens verpflichtet fühlen, andererseits aber eine partnerschaftliche Namensführung anstreben, erscheint der Doppelname als geeignete Lösung.

Gewichtige Gründe sprechen auch für einen Doppelnamen für ein Kind. Zum einen kann damit die namensmäßige Verbundenheit des Kindes mit beiden Eltern, die unterschiedliche Namen führen, hergestellt werden und zum anderen ist davon auszugehen, daß es dann kaum Eltern geben wird, die sich nicht auf einen Kindesnamen einigen können. Damit wird auch eine gesetzliche Auffangregelung für den Streitfall, die immer etwas Unbefriedigendes an sich haben wird, kaum zur Anwendung gelangen.

Willkürlich und nicht durchdacht wurde auch eine Bestimmung zur nachträglichen Namenswahl durchgesetzt. Die nachträgliche Wahl eines Ehenamens soll generell binnen fünf Jahren nach der Eheschließung möglich sein. Wir wollten hingegen, daß die Ehepartner aus einer "Altehe" binnen eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Gesetzes einen Ehenamen bestimmen können, im übrigen eine nachträgliche Namenswahl aber nur dann möglich ist, wenn ein Kind geboren wird. Denn nach der Geburt eines Kindes kann sich durchaus ein neues Interesse der Eltern ergeben, nunmehr einen Ehenamen zu führen.

Bei dieser traurigen Bilanz bleibt nur zu hoffen, daß sich der Bundesrat mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gegen die von der Koalition durchgesetzten gesetzlichen Bevormundungen für Ehepartner wendet.

(-/21. Oktober 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Günter Verheugen: Den Ausländern Chancen zur Gemeinsamkeit bieten

Auf der Veranstaltung des SPD-Vorstandes "Ausländische Jugendliche im Einwanderungsland Deutschland" skizzierte der Bundesgeschäftsführer der SPD, Günter Verheugen, am 20. Oktober im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus Erfordernisse der Ausländerpolitik. Wir dokumentieren seine Ausführungen.

Wir brauchen in Deutschland endlich eine Ausländerpolitik, die nicht Anpassung, einseitige Integration und unauffälliges Verhalten unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fordert, sondern wirkliche Chancen zur beruflichen, sozialen und menschlichen Gemeinsamkeit bietet. Das hat die Bundesregierung bislang nicht begriffen.

Obwohl die jungen Ausländerinnen und Ausländer, die in der zweiten beziehungsweise dritten Generation bei uns geboren sind, die Bundesrepublik als ihr Heimatland ansehen, fehlen immer noch systematische politische Konzepte, die der Lebenswirklichkeit, die dem gleichberechtigten Zusammenleben, Lernen und Arbeiten entsprechen. Anstrengungen im Bereich der beruflichen Bildung allein reichen nicht aus. Notwendig ist die Verbindung von beruflicher und sozialer Integration. Dies ist die Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Notwendig ist eine Migrationspolitik, die die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglicht, ein gleichberechtigter inter-kultureller Dialog zwischen deutschen und ausländischen Bürgern und Bürgerinnen.

Über 51 Prozent ausländischer Schüler und Schülerinnen beenden ihre Schulzeit mit einem Hauptschulabschluß - bei ihren deutschen Mitschülern sind es unter 20 Prozent. Der Anteil ungelernter und angelernter Arbeitnehmer liegt bei ausländischen Jugendlichen dreimal so hoch wie bei Deutschen. Untersuchungen machen deutlich, daß diese Situation häufig weder den Bildungswünschen der ausländischen Jugendlichen noch den Erfordernissen unserer Wirtschaft entspricht.

Die SPD steht im engen Dialog mit vielen ausländischen Gruppen - vor allem auch mit jungen Menschen. Dieser Dialog und die Zusammenarbeit müssen auf allen Ebenen unserer Partei verstärkt werden.

Auch die Bundesregierung muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und sich als solches auch verstehen muß. Ihre Ausländerpolitik ist realitätsfern. Wir brauchen eine moderne, humane Migrationspolitik. Wir müssen die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene suchen, die Erfahrungen anderer Länder für die Gestaltung eines "Miteinander-Lebens" in kultureller Vielfalt in unserer Gesellschaft mit einbeziehen.

Wir fordern eine Änderung und Ergänzung des Staatsangehörigkeitsrechts, das die Eingliederung des endgültig eingewanderten ausländischen Bevölkerungsteils erleichtert. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung zu schaffen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Vorschlag eingebracht. Die SPD wird ein dringend notwendiges und von ihr seit langem gefordertes europäisches abgestimmtes Einwanderungsgesetz vorlegen. Dem vielgestaltigen Aufgabenfeld muß auch auf der Seite der Instrumente Rechnung getragen werden.

(-/21. Oktober 1993/rs/ks)
